



## ■ Gebühren in Bochum – ja oder nein?

# Donnerstag 10.00 Uhr

**Wenn sich der Senat der Ruhr-Universität am Donnerstag vormittag versammelt, wird er eine der wichtigsten Entscheidungen in der jüngsten Geschichte der RUB treffen: Sollen allgemeine Studiengebühren eingeführt werden, oder bleibt das Studium in Bochum gebührenfrei?**

Der Hintergrund: Am 1. April ist das Gesetz zur »Finanzierungsgechtigkeit im Hochschulwesen« in Kraft getreten. Nun können die Hochschulen in NRW Studienbeiträge in Höhe von maximal 500 Euro pro Semester einführen.

**ERFOLG VOR ORT.** Ein kluger Schachzug der Landesregierung: Damit hat sie die politische Verantwortung an die einzelnen Unis verlagert. Aber auch für die Studierenden ergeben sich neue Möglichkeiten: Die Entscheidenden sind hier vor Ort und müssen auch hier in Bochum für ihre Entscheidung gerade stehen. Protest an der eigenen Uni kann erfolgreicher sein.

Das Protestkomitee gegen Studiengebühren, Linke und Alternative Liste sowie der AstA rufen gemeinsam die Studierenden zu einer kritischen Begleitung der öffentlichen Senatssitzung an diesem Donnerstag auf.

Um möglichst Vielen eine Teilnahme zu ermöglichen, wurde Rektor Wagner gebeten, die Sitzung aus einem viel zu kleinen Saal in das HZO 10 oder das Audimax zu verlegen. Protestkomitee-Mitglied Martin Degeling: »Es kann nicht sein, dass 25 Leute über das Schicksal von 30.000 Studierenden entscheiden und diesen die Anwesenheit verweigert wird! Senatssitzungen sind öffentlich.«

**GESCHÄFTSORDNUNGS-MISSBRAUCH?** Obwohl eine solche Sitzungsverlegung an anderen Unis üblich ist, antwortete Rektor Wagner negativ. Er teilte mit, dass insbesondere die ProfessorInnen eine Verlegung in einen größeren Saal mehrheitlich ablehnten. Angeblich befürchteten sie massive Proteste gegen ihre

mögliche Entscheidung für die Gebühren.

**VOR DER TÜR.** Deshalb rufen AstA & Co jetzt alle Studierenden dazu auf, sich am Donnerstag vormittag ab halb zehn vor der Uni-Verwaltung auf dem Nordforum zu versammeln, um eine Verlegung der Sitzung zu erzwingen. Vor allem aber existiert der Wunsch, den Senat nicht über eine stumme anonyme Masse entscheiden zu lassen. Die Anwesenheit der Betroffenen kann Druck auf den Senat ausüben. Aktivistin Melanie Köhler: »Bevor die Entscheidung pro Studiengebühren im Landtag getroffen wurde, hat der Senat bereits mit breiter Mehrheit Studiengebühren abgelehnt. Jetzt werden wir die Mitglieder alle gemeinsam an diese richtige Entscheidung erinnern.«

**Do, 27.04, 10.00 Uhr: Uni-Vollversammlung auf dem Nordforum (Zwischen UB und Verwaltung). Der Senat tagt ab etwa 10.30 Uhr öffentlich.**

## DIE THEMEN

**HOCHSCHULE:**  
Gebühren-Widerstand NRW-weit

**KNOW WHO:**  
Diese 25 Leute entscheiden über Gebühren für 30.000 Studierende

**HINTERGRUND:**  
Was ist der Senat? Welche Interessen gibt es in dem Gremium?

**ERST 11 WOCHEN ALT:**  
Der gültige Senatsbeschluss gegen Studiengebühren

**TROTZ ALLEDDEM:**  
Ein neues *Sudoku*

**TERMINE:**  
Tipps für die Woche

## IMPRESSUM

**betonzeit - Studentische Zeitung für Bochum**

**HERAUSGEBERIN:** Die FachschaftsvertreterInnenkonferenz der RUB

**REDAKTION DIESER AUSGABE:** Rolf van Raden (ViSDP, Anschrift siehe unten), Devi Dumbadze, Hanna Höfer, Tanja Tästensen. *betonzeit* erscheint wöchentlich an der RUB und wird ehrenamtlich produziert.

**BILDNACHWEIS:**  
*betonzeit* Fotomontage (S. 1)

**AUFLAGE:** 2.000

**KONTAKT:** betonzeit, c/o FR Sowi, Universitätsstr. 150, 44780 Bochum

**MAIL:** redaktion@betonzeit.de

**WWW.BETONZEIT.DE**

## ■ Erfolg

# Kein Sowi-Master-NC

Dass studentische Interessensvertretung trotz der Mehrheit von ProfessorInnen nicht automatisch auf verlorenem Posten steht, beweist die Fachschaft Sowi. Nachdem im Fakultätsrat eine Abstimmung über die Einführung des Numerus Clausus auf alle Sowi-Master-Studiengänge knapp verloren ging, hat der Fachschaftsrat eine Stellungnahme an das Landesministerium geschrieben. Der NC sei aufgrund der geplanten Beschränkung des Lehramts-Studiengangs unrechtens. Mit Erfolg: Das Landesministerium hat die Einführung des NC für das Wintersemester 2006/07 abgelehnt und beruft sich dabei auf die Argumentation der Studierenden.

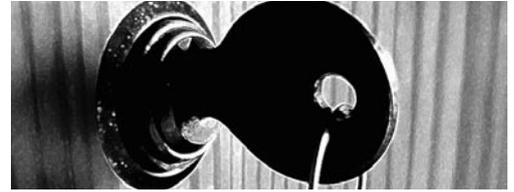
## ■ Bochums Proteste sind nicht allein

# Widerstand NRW-weit

**Der Protest an den Universitäten formiert sich landesweit. Nachdem in Bielefeld und Paderborn Studierende die Rektorate ihrer Hochschulen wochenlang besetzt gehalten hatten, haben sich vergangenen Mittwoch über 2000 StudentInnen der Uni Münster zu Protesten versammelt.**

Die Polizei spricht sogar von 3000 Anwesenden bei der Vollversammlung. Um 16 Uhr sind die Studierenden in die Senatsstizung eingedrungen, die um diese Uhrzeit beginnen sollte. Dort protestierten sie lautstark gegen die mögliche Einführung von Studiengebühren.

Zuvor hatte die studentische Vollversammlung eine Resolution verabschiedet, die sich an den Uni-Senat und die Landesregierung wendet. In ihr werden Studiengebühren »jedweder politischen Couleur« verurteilt. Der Senat wird aufgefordert, das Studium an der Universität Münster gebührenfrei zu halten. Außerdem positionieren sich die Münsteraner Studierenden klar gegen das von der schwarz-gelben Regierung geplante sogenannte »Hochschulfreiheits-



gesetz«, das Tür und Tor zur weiteren Privatisierung der Unis öffnet. Sie sind entschlossen, zur kommenden Senatssitzung am 17. Mai wieder in großen Zahlen zu erscheinen und die Studiengebühren an der Uni-Münster zu verhindern. Da der Senatsraum der Menge an Studierenden keinen Platz bot, hat das Münsteraner Rektorat versprochen, die Sitzung in einen großen Hörsaal zu verlegen.

**ABSTIMMUNG MIT DEN FÜßEN.** Welche Konsequenzen SchülerInnen aus der drohenden Einführung von allgemeinen Studiengebühren ziehen, machen derweil neue Zahlen des statistischen Bundesamtes deutlich. Demnach ist die Zahl der AbiturientInnen im vergangenen Jahr um über drei Prozent gestiegen – dennoch sinkt die StudienanfängerInnenquote weiter.

## ■ Der Senat persönlich

# Keine anonyme Entscheidung

**Der Senat der RUB tagt grundsätzlich öffentlich. Trotzdem ist weithin unbekannt, welche Personen die wichtige Entscheidung am Donnerstag treffen werden. Über die Struktur und die Interessen des Senats berichten wir auf der nächsten Seite. Hier kommt eine Übersicht, wer es persönlich in der Hand hat, ob Studiengebühren von bis zu 1000 Euro pro Jahr eingeführt werden:**

### VORSITZENDER:

Rektor Prof. Dr.-Ing. Gerhard Wagner

### GRUPPE DER PROFESSORINNEN:

Prof. Dr. Ralf Peter Brinkmann (E-Technik)  
 Prof. Dr. Alexander Ferrauti (Sport)  
 Prof. Dr. Roland Gabriel (WiWi)  
 Prof. Dr. Hanns Hatt (Biologie)  
 Prof. Dr. Lucian Hölscher (Geschichte)  
 Prof. Dr. Michael Hollmann (Chemie)  
 Prof. Dr. Werner Kirsch (Mathematik)

Prof. Dr. Helmut Meyer (Medizin)  
 Prof. Dr. Michael Pohl (Maschinenbau)  
 Prof. Dr. Monika Schmitz-Emans (Philolog.)  
 Prof. Dr. Gunter Scholtz (Philosophie)  
 Prof. Dr. Michael Wilhelm (Medizin)  
 Prof. Dr. Udo Zelinka (Kath. Theologie)

### WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITERINNEN:

Dr. Udo Arendt (Physik und Astronomie)  
 Dr. Heinz Jürgen Jacob (Medizin)  
 Marita Schmeink (Philologie)  
 Norbert Schwarz (Rechenzentrum)

### MITARBEITERINNEN IN TECHNIK UND VERWALTUNG

Sabine Bierstedt (Psychologie)  
 Beate Hackethal (Biologie)  
 Thomas Naber (Chemie)  
 Rolf Wernhardt (Physik und Astronomie)

### GRUPPE DER STUDIERENDEN

Andrea Berlin (Geschichtswissenschaft)

Florian Dömges (Mathematik)  
 Stefan Kurtenbach (Chemie)  
 Christian Ludwig (Philologie)

### SPRECHER DER MITGLIEDERGRUPPEN

Prof. Dr. Michael Pohl (ProfessorInnen)  
 Dr. H. J. Jacob (Wiss. MitarbeiterInnen)  
 Christian Ludwig (Studierende)  
 Rolf Wernhardt (Technik und Verwaltung)

### BERATENDE MITGLIEDER DES SENATS

– *Ohne Stimmrecht, mit Rederecht* –  
 Prof. Dr. Jörg Winter (Prorektor)  
 Prof. Dr. Notburga Ott (Prorektorin)  
 Prof. Dr. Elmar W. Weiler (Prorektor)  
 Gerhard Möller (Kanzler)  
 Masha Gerding (Gleichstellungsbeauftragte)  
 Kolja Schmidt (AStA-Vorsitzender)  
 Werner Schwarz (Nicht-wiss. Personalrat)  
 Friedhelm Vogel (Personalrat Medizin)  
 Dr. Michael Jost (Wiss. Personalrat)

## ■ Das wichtigste Uni-Gremium entscheidet

# Hinter den Kulissen des Senats-Theaters: So sind die Interessen

**Am Donnerstag treffen 25 Leute eine Entscheidung, die das Leben und Studieren an der RUB grundsätzlich verändern könnte. Doch wer ist eigentlich der Senat? Und wie sieht die Stimmungslage in den Fraktionen aus? Für eine Ablehnung der Gebühren sind 13 Stimmen notwendig.**

Der Senat ist das zentrale Gremium der Universität. Er entscheidet über die Angelegenheiten in Forschung, Lehre und Studium, welche die gesamte Ruhr-Universität betreffen und von grundsätzlicher Bedeutung sind. Er setzt sich aus den VertreterInnen aller vier Statusgruppen und dem Rektor zusammen. Es gibt 25 stimmberechtigte Mitglieder: 13 ProfessorInnen und je vier Mitglieder aus den Gruppen wissenschaftliche MitarbeiterInnen, MitarbeiterInnen in Technik und Verwaltung, und Studierende. Nur vier Mitglieder sind also von der größten Statusgruppe an der Uni selbst gewählt

worden. Die Fraktion der ProfessorInnen verfügt automatisch über eine absolute Mehrheit. Studierendenvertretungen kritisieren das als einen Rückfall in das mittelalterliche Ständewahlrecht.

**INTERESSENSLAGEN.** Im Uni-Senat existiert ein lebendiges Geflecht von verschiedenen Interessen. *betonzeit* schafft den Überblick, wie die Kräfteverhältnisse am Donnerstag voraussichtlich liegen.

Die VertreterInnen der Studierenden werden das Votum der Urabstimmung vom Dezember 2005 mit klarem »Ja« für Gebührenfreiheit (90.7%) zur Geltung bringen. Das sind schon einmal vier Stimmen gegen die Einführung der Gebühren. Die MitarbeiterInnen in Technik und Verwaltung haben bereits während ihres Streiks gezeigt, dass sie die Gebühren als einen Teilaspekt der umfassenden Privatisierung der Hochschulen ansehen. Sie haben sich mit den Protesten der Studierenden aus-

drücklich solidarisiert. Ganz klar zu erwarten ist, dass sie ebenfalls gegen Studiengebühren stimmen: Acht Stimmen gegen Gebühren.

**WEITER OBEN.** Auch für die Gruppe der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen dürften die Nachteile des zunehmenden privaten Finanzierungszwangs der Ruhr-Universität augenscheinlich sein: Immer prekärere Arbeitsverhältnisse, immer mehr Verwaltungsaufwand im Alltag, der durch erzwungenen Stellenabbau im Verwaltungsbereich auf ihre Schultern abgewälzt wird, immer kürzere Verträge mit immer mehr Arbeitszeit. Weniges bis gar nichts spricht dafür, dass sie für die Gebühren stimmen könnten. Die Mittelbauvertretung der Fakultät für Philologie hat sich bereits im Anschluss an die studentische Urabstimmung gegen die Einführung der Studiengebühren ausgesprochen. Sollten alle Mittelbau-VertreterInnen gegen Ge-

bühren stimmen, fehlte nur noch eine einzige Stimme.

Komplexer dürfte die Lage bei den ProfessorInnen sein. Während einige ganz offensichtlich dem Wunsch des Rektorats folgen wollen, die bisherige Beschlusslage zu ändern und plötzlich doch für Gebühren zu sein, gibt es andere, die sich ihrer sozialen Verantwortung bewusst sind. Auch in der Fraktion der ProfessorInnen gibt es Stimmen, die darüber hinaus wissen, dass die Studiengebühren keine finanziellen Probleme lösen werden, sondern dass sie nur dazu führen, dass die öffentliche Finanzierung der Hochschulen noch weiter zurückgeht.

**DAS WÖRTCHEN WENN.** Vieles spricht also dafür, dass der Senat Gebühren ablehnen würde – wenn er frei und ohne äußeren Druck entscheiden könnte. Dies wäre aber eine Rechnung ohne das Rektorat: Das plant nämlich offensichtlich eine Schmierkomödie. Wie aus gewöhnlich gut informierten Kreisen zu hören ist, will Rektor Gerhard Wagner rein zufällig unmittelbar vor der Diskussion über die Gebühren im Senat bekanntgeben, dass die Ruhr-Universität in einer großen finanziellen Krise und eventuell sogar von einer Insolvenz bedroht sei. So sollen die SenatorInnen unter Druck gesetzt werden, nicht nur für Gebühren, sondern gleich für die höchstmögliche Summe von 1000 Euro pro Jahr zu stimmen. Damit ist es wohl die Aufgabe der Studierenden, den Senat nicht mit dem Druck des Rektors alleine zu lassen und die klare Ablehnung der Gebühren offensiv deutlich zu machen.



■ Wie ernst kann man den RUB-Senat noch nehmen?

# Politik oder Polit-Farce

**Erst am 9.2.2006 hat sich der RUB-Senat mit großer Mehrheit gegen Studiengebühren ausgesprochen. Wie ernst der Senat noch zu nehmen ist, das entscheidet sich am Donnerstag. Der Wortlaut des gültigen Beschlusses (leicht gekürzt):**

»Der Senat der Ruhr-Universität Bochum spricht sich gegen eine Einführung von allgemeinen Studiengebühren ab dem ersten Semester aus und widerspricht damit sowohl den Plänen der nordrhein-westfälischen Landesregierung als auch den Forderungen der Hochschulrektorenkonferenz, einen ‚Studienbeitrag‘ in Höhe von zunächst 500 Euro von den Studierenden zu erheben. Studiengebühren sind nach Ansicht des Senats aus bildungs- und sozialpolitischen Gründen abzulehnen:

‚Hochschulausbildung ist als ein öffentliches Gut zu betrachten und ist und bleibt eine vom Staat wahrzunehmende Verpflichtung‘ (Prager Kommunique): Sozial gerechter Hochschulzugang und die Unabhängigkeit von Forschung und Lehre können nur durch eine der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit entsprechende Finanzierung von Bund und Ländern gewährleistet werden. In Anbetracht des unterfinanzierten Hochschulbereichs und der erwarteten (und wünschenswerten) Erhöhung der AbsolventInnenzahlen ist eine Steigerung der staatlichen Ausgaben für Lehre und Forschung unabdingbar. Die Einführung von Studiengebühren wird den Rückzug des Staates aus der Hochschulfinanzierung erleichtern – parallel dazu wird die Höhe der Studiengebühren sukzessive steigen müs-

sen, damit die Hochschulen die zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Mittel aufbringen können. [...]

Der Zugang zu Bildung hängt in Deutschland mehr als in anderen Ländern maßgeblich von der sozialen Herkunft ab. Der Bildungsweg von Kindern mit hoher sozialer Herkunft entspricht in der Regel dem Schema Grundschule-Gymnasium-Universität, während die Bildungsbeteiligung von Kindern aus sozial schwächer gestellten Familien im sekundären und tertiären Bereich wesentlich geringer ist. Internationale Untersuchungen wie die IGLU- oder die OECD-Studie belegen die Selektivität des deutschen Bildungssystems [...]. Die Erhebung von Studiengebühren wird eine abschreckende Wirkung auf Studierwillige mit sozial schwächerer und schwacher Herkunft haben und demnach zu weiterer sozialer Selektion führen. Etliche Studierende wären bei der Einführung von Studiengebühren auf die Aufnahme eines Darlehens angewiesen. Dabei ist die Bereitschaft, sich zu verschulden, bei sozial schwächer gestellten Menschen wesentlich geringer als im Durchschnitt. [...] Studiengebühren werden zu einer verstärkten Belastung gerade finanziell benachteiligter Menschen. Die Einführung nachlaufender Studiengebühren widerspricht damit auch dem Ziel, die Zahl der HochschulabsolventInnen in der BRD zu erhöhen [...].

Aus den genannten Gründen fordert der Senat der Ruhr-Universität Bochum die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen sowie den Landtag auf, ihre Pläne zur Einführung von Studiengebühren zurückzuziehen.«

■ DIENSTAG, 25.4.

18.00 und 21.00 Uhr: Studienkreis Film zeigt: **Der ewige Gärtner** (OmU), Entwicklungshilfeschnulze mit Ralph Fiennes und Rachel Weisz.

■ MITTWOCH, 26.4.

9.30 Uhr: **Vollversammlung der G-Reihe**, Resolution gegen Einführung von Studiengebühren, HGB 30.  
19.00 Uhr: **Tschernobyl und die Anti-Atom-Bewegung**, Vortrag mit Filmausschnitten, Soziales Zentrum, Rottstr. 31.

■ DONNERSTAG, 27.4.

18.00 und 21.00 Uhr: Studienkreis Film zeigt: **Caché** (DF) mit Juliette Binoche und Daniel Auteuil, Psycho-Polit-Thriller mit goldenen Palmen.  
19.15 Uhr: **Revitalisierung der europäischen Gewerkschaftsbewegung?** attac-VHS-Reihe Globalisierung. Vortrag und Diskussion mit Dr. Bernd Röttger (Jena), VHS Bochum, Willy-Brandt-Platz 2-4.  
20.00 Uhr: **Jura Party Reloaded**. Musik bis der Staatsanwalt kocht. Karten für 3 Euro in der Fachschaft Jura, HGB.

■ FREITAG, 28.4.

19.00 Uhr: **EntflammBAR mit VoKü**, Feurig-politischer Abend in sozialaktivistischer Atmosphäre. Soziales Zentrum, Rottstr. 31.

■ SAMSTAG, 29.4.

15.00 Uhr: Einladung der Volksinitiative **Jugend braucht Vertrauen** an die Landesregierung zur Diskussion, E 57, Essener Str. 57.

■ SONNTAG, 30.4.

21.00 Uhr: **Tanz in den Mai** mit dem KuLTuRe.V. im Hardenberghaus. DJ Tetsuo-K in der Aula und Cocktailbar im »Hardy's«, Laerheidestraße 26.

■ MEHR TERMINE:

<http://www.bo-alternativ.de>  
<http://stud.rub.de>

RÄTSEL@BETONZEIT

5		8	9	4		6		2
			6				8	9
	9			5		3		
					1	7		
			7	3	5			
		1	4					
		4		2			7	
9	6				4			
7		2		9	6	1		4

**MENTAL FIT FÜR DEN ANTI-GEBÜHREN-KAMPF.** Am Donnerstag wird's heiß hergehen. Um die Zeit bis zur Entscheidung zu überbrücken hier was für den Kopf: In jeder Spalte und in jeder Zeile dürfen die Zahlen von 1 bis 9 nur einmal vorkommen. Das Gleiche gilt für jedes der neun Unterquadrate. Die Auflösung gibt es wie immer unter [www.betonzeit.de](http://www.betonzeit.de).